

Handeln ist das Gebot der Stunde

18.11.2011

Auf einen Blick

Griechenland und Italien haben endlich neue Regierungen. An der Spitze der beiden Krisenländer stehen mit Lucas Papademos und Mario Monti nun zwei (EU-)erfahrene Wirtschaftsfachleute. Beide versprechen hartes Durchgreifen und Reformen. Ihre Ausgangslagen sind jedoch sehr unterschiedlich, wie eine neue Studie zeigt.

Während Monti in Italien auf eine grundsätzlich stabile Wirtschaft bauen kann, gibt es in Griechenland kaum Anlass zur Hoffnung. Experten sehen aktuell nur wenige Ansätze, wie die griechische Wirtschaft – zumindest als Teil der Eurozone – auf die Beine kommen kann.

Griechenland muss Reformen durchsetzen

«Ich habe wirklich lange nach etwas Positivem suchen müssen», so Holger Schmieding. Der Chefökonom der Berenberg Bank stellte am Dienstag in Brüssel den «Euro Plus Monitor 2011» vor, den die Bank in Zusammenarbeit mit dem Lisbon Council, einem europäischen Think Tank, erarbeitet hat. Das Positive, was Schmieding finden konnte, beschränkt sich auf die ausländische Nachfrage nach griechischen Industriegütern. Nach einem dramatischen Einbruch Anfang 2008 befinden sich diese seit Anfang 2010 auf dem aufsteigenden Ast und haben fast das Vorkrisenniveau erreicht.

Allerdings macht der Warenexport nur rund acht Prozent des griechischen BIP aus. In sämtlichen anderen Bereichen seiner Wirtschaft stellen die Autoren der Studien Griechenland ein schlechtes Zeugnis aus und mahnen dringend zu umfassenden Reformen an. Obwohl Griechenland zugestanden wird, bereits tiefgreifende Sparmassnahmen umgesetzt zu haben, seien diese längst noch nicht ausreichend.

Italiens Problem ist strukturell

Anders sehen die Einschätzungen für Italien aus. Hier liegt das primäre Problem nicht im Potenzial der eigenen Wirtschaft, sondern in den Strukturen. Eine Arbeitsmarkt- und Rentenreform hätten bereits grosse Auswirkungen auf Italiens Wirtschaftswachstum. Wie die italienische Regierung dabei vorzugehen plant, hat sie dem EU-Finanzkommissar Olli Rehn am Wochenende auf einem 36 Seiten umfassenden Papier zukommen lassen.

Der Absender war aber da noch der alte Regierungschef Silvio Berlusconi. Die EU-Kommission hofft nun, dass Monti die Pläne grösstenteils übernimmt. Ende November will Rehn die EU-Finanzminister über die geplanten Massnahmen unterrichten.

Weitere Informationen:

[Euro Plus Monitor 2011](#)

(Studie der Berenberg Bank & the Lisbon Council)

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch